



Vom „Täterwissen und Urheberrecht“

Von ihrer Gründung 1951 bis zur Gegenwart musste die Organisation des ehemaligen Bundesgrenzschutzes, der heutigen Bundespolizei, immer wieder Antworten auf die innenpolitischen Herausforderungen geben.

Seit Mitte der 1970er Jahre als Folge einer sozial-liberalen Innenpolitik, vollzog der Bundesgrenzschutz erste Wandlungen zu einer Polizei des Bundes. Die Gewerkschaft der Polizei begann mit der Organisation von Mitgliedern im BGS. Dabei konnte sie auf die bis dato in der ÖTV Organisierten zurückgreifen. Es war die Zeit, in der der langjährige Vorsitzende des BGS, Hauptpersonalrat Armin Hofschulte, begann, für die Menschen zu wirken. Die ersten Personalräte wurden von der Gewerkschaft der Polizei gestellt. Kritiker hielten der GdP entgegen, den Bundesgrenzschutz mit einer polizeilichen Ausrichtung fremdbestimmen zu wollen. Generell: In der Rückschau fiel oft der Satz: „Das schafft Ihr nicht.“ Zum Beispiel bei der Anpassung unserer Besoldungsstrukturen an die der Länder. Mittlerweile dient unsere Stellenstruktur, die Bewertung von Dienstposten oder die Zulagenstruktur als Vorlage für die Landespolizeien. Nach der deutschen Einheit wurde die Bundespolizei als personalstärkste Behörde der Bundesverwaltung ein Integrationsfaktor. Der Aufgabenbereich „Bahnpolizei“ sorgte durch die Präsenz in der Fläche für die Chancen auf eine heimatnahe Verwendung. Dieter Wimmer, der Erste Vorsitzende des Bezirks, brachte erfolgreich eigene Modelle zur Organisation des Bundesgrenzschutz ein.

Attraktivitätsprogramme

Mit dem Namen seines Nachfolgers Josef „Jupp“ Scheuring sind die Attraktivitätsprogramme, die Farbe Blau bei den Uniformen und die Namensänderung in „Bundespolizei“ verbunden. Auch bei dieser Umbenennung wurde im Vorfeld geunkt: „Das schafft Ihr nicht.“ Doch es ist gelungen. Die Bundespolizei ist wettbewerbsfähig mit den Sicherheitsbehörden im Bund und in

den Ländern geworden. Im Aufstiegsverfahren wurde die Bundespolizei attraktiv. Was mal mit den Anpassungsräten in den 1970er Jahren begann, wurde nach und nach erweitert. Die GdP konnte erreichen, dass der damalige BGS von einer „Polizei der Meister“ in eine Stellenstruktur des mittleren Dienstes überführt wurde. Tausende Polizeimeister wurden in der Folge befördert. Gab es im Jahr 2000 noch mehr als 9.000 Polizeimeister, so waren es Anfang 2009 nur noch etwa 2.000. Von 2001 bis 2009 wurden fast 4.000 Kolleginnen und Kollegen zu Polizeihauptmeistern und PHM mit Amtszulage befördert.

Die Verbesserungen der Situation der Menschen in der Bundespolizei gehen häufig auf GdP-Impulse und -Initiativen zurück: Deutliche Verbesserungen bei Erschwerniszulagen und beim Einkommen, der Abschluss von Tarifverträgen, ein dritter Einsatzantrag, die Anstellung von Fachoberlehrern, die Bewertung von Dienstposten, die Personalmehrungen oder die Anhebungen von Stellen im Tarifbereich, um nur einige zu nennen. Es waren gewerkschaftliche Entwicklungen, auf die die GdP das Urheberrecht bzw. das „Täterwissen“ hat. Denn wir waren unmittelbar dabei. Daran ist der Einfluss unserer Gewerkschaft ablesbar. Ein Beispiel ist die „Klartext-Studie“ zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei, die wir 2010 bei der TU Chemnitz in Auftrag gegeben haben. Kernaussage war, dass die politische, ministerielle und polizeiliche Bundespolizei-Führung die Mitarbeiterzufriedenheit zu einem zentralen Anliegen der Organisation machen müsse.

Konsolidierungsprogramm

Und auch im Jahr 2016 positionierte sich der Bezirk Bundespolizei klar: Für die Haushaltsjahre 2016 bis 2022 hat die GdP einen Mehrbedarf von insgesamt 11.151 Polizeivollzugsbeamten, 1.900 Verwaltungsbeamten sowie 5.130 Tarifbeschäftigten gesehen, um die gesetzlich definierten Aufgaben erfüllen zu können. Wir haben diesen Mehrbedarf in einem Konsolidierungsprogramm im Detail aufgeschlüsselt und begründet. Zumindest im Bereich der Vollzugsbe-

amten geht es dank der Einstellungsoffensive inzwischen in Richtung unserer Forderungen. Doch im Sachmittelbereich sieht die GdP weiter einen hohen Nachhol- und Investitionsbedarf. Dieser beginnt mit dem Ausbau der Aus- und Fortbildungszentren, der Herrichtung von Unterkünften in der Bereitschaftspolizei zur Aufnahme des zweiten Ausbildungsjahres sowie der Schaffung von Fortbildungskapazitäten. Weiterhin muss die Informations- und Kommunikationstechnik zur Sicherung der IKT-gestützten Aufgabenwahrnehmung zukunftstauglich aufgestellt werden. Verbessert werden muss weiterhin die persönliche Ausstattung zur Abwehr von Gefahren, um die körperliche Unversehrtheit im Einsatz gewährleisten zu können.

Ein erheblicher Investitionsbedarf besteht darüber hinaus im Bereich der Liegenschaften. Hier müssen nicht nur die Defizite aus der Vergangenheit ausgeglichen, sondern der vielfältige Raumbedarf aufgrund der Strukturanpassung gewährleistet werden. Schließlich ist eine ganze Reihe von Bauinvestitionen notwendig, um Dienststellen instand zu setzen und auszubauen, damit die Bundespolizei für aktuelle und zukünftige Aufgaben gut gerüstet ist. Dazu gehören auch dringend der beschleunigte Ausbau und die Modernisierung der Videoüberwachung an den Bahnhöfen.

Immer „präsent wo's brennt“

Mit ihrem Engagement haben viele unserer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durch das eigene Mitwirken Anteil an der Entwicklung der Bundespolizei. Diese Teilhabe lässt sich durch Beschlusslagen und Impulse als „Urheberrecht“ beschreiben. Darüber hinaus verfügen die Mitwirkenden beispielsweise bei der Gestaltung von Organisations- und Dienstpostenplänen oder Schutzwestenkonzeptionen über „Täterwissen“. So entwickelten wir nicht nur die Bundespolizei weiter, sondern auch die Gewerkschaft in der Bundespolizei. Wir wollen auch künftig nah bei den Menschen sein: Immer „präsent wo's brennt“.

GdP-Bezirk Bundespolizei



Bis hierher und noch weiter ...

Von Jörg Radek, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei

Die Gewerkschaft der Polizei als mitgliederstärkste Berufsvertretung von Polizistinnen und Polizisten organisierte noch keine Mitglieder in der Vorgängerorganisation der Bundespolizei, dem Bundesgrenzschutz, und nahm trotzdem Anfang der 1970er Jahre Einfluss auf dessen Ausrichtung.

Aufgaben, Ausbildung und Besoldungsstruktur wurden an die

der Länder angepasst. Diese Entwicklung setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Fast alles, was uns heute selbstverständlich erscheint, geht auf eine Initiative oder Idee der Gewerkschaft der Polizei zurück: Ächtung von Gewalt gegen Polizeibeamte, Namensumbenennung, Uniformfarbe, Schulterstücke, Verbesserungen der Ausstattung und Fahrzeuge, neues Tarifvertragswerk (TVöD), Stellenerhöhung in der Verwaltung, Schutzwestenausstattung, Erhöhung von Zulagen, Personalaufwuchs.

Aber vor allem auf die Attraktivitätsprogramme mit ihren Aufstiegsmöglichkeiten und die Bewertung der Arbeit in der Bundespolizei – der Organisations- und Dienstpostenplan als Basis für die Beförderungen – hat die Gewerkschaft der Polizei ein Urheberrecht. Nachweisbar mit Beschlüssen, die anschließend beharrlich verfolgt wurden.

Auch die gewerkschaftliche Begleitung von drei Neuorganisationen war notwendig. Die sozialen Folgen der Organisationsgewalt des Dienstherrn abzumildern war im Verbund mit den Personalräten in der Geschichte des BGS/der Bundespolizei prägend. Bis in die Gegenwart durch die Verhinderung der Auflösung des Traditionsstandortes Neustadt zeigt sich die „Handschrift“ der Gewerkschaft der Polizei. Gleiches gilt auch für den gegenwärtigen Koalitionsvertrag, unter anderem mit den Punkten „flexible Arbeitszeitkonten“ oder „Wohnraumfürsorge“.

Wir erinnern uns in diesem Jahr daran, weil der Bezirk Bundespolizei seit 25 Jahren als eigenständige Untergliederung in der Gewerkschaft der Polizei besteht. Selbst verwaltet und selbstbewusst vertreten wir unsere Interessen gegenüber der Politik, dem Parlament und den Behörden. Mit der Mehrheit in den Personalräten wirken und bestimmen wir mit. Heute ist der Bezirk Bundespolizei in der Gewerkschaft der Polizei die zweitgrößte Untergliederung und die mitgliederstärkste in der Bundespolizei. Eine Erfahrung, mit der wir auch immer wieder antreten, um Verbesserungen für die



Foto: GdP

Menschen beim Zoll und beim Bundesamt für Güterverkehr zu erreichen.

Was aus der ÖTV, der Vorläuferorganisation von Verdi, mit starken Persönlichkeiten wie Armin Hofschulte oder Dieter Wimmer begann, entwickelte sich als Netzwerk von Menschen für Menschen durch leidenschaftliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bis in die Gegenwart fort. Ich erinnere auch daran, dass es nicht immer bequem war, für seine Interessen einzutreten. Manch einer erlebte dienstliche Nachteile. Die aber kein Hinderungsgrund waren, weiter fortzuschreiten.

Die Verzahnung von Gewerkschaft und Personalrat sorgt auch heute für wechselseitige Unterstützung. Nicht nur in der Durchsetzung der Mitbestimmung. Heute wie vor 25 Jahren muss um die demokratische Beteiligung der Mitarbeiter gerungen werden. Hier gilt das Gleiche wie bei der Freiheit: Wer sie nicht nutzt, verliert sie.

Die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit, sozialem Ausgleich, Schutz der Menschen vor Willkür, Arbeits- und Gesundheitsschutz, fairer Bezahlung und Lastenausgleich endet nie. Und unser Antrieb lässt sich mit den Worten von Willy Brandt beschreiben: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:

Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Saskia Galante
Tel.: 0211 7104-514
E-Mail: galante@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor,
LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich
gekennzeichnete Artikel stellen nicht in
jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.
Nachdruck und Verwertung, ganz oder
teilweise – auch in elektronischen Medien –
nur mit ausdrücklicher Genehmigung der
Redaktion.

Dies gilt auch für die Aufnahme in
elektronische Datenbanken und Mailboxes
sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



TAGUNG DER TARIFKOMMISSION DES GDP-BEZIRKS BUNDESPOLIZEI

Präsent wo's brennt – wörtlich genommen

Dass der Leitsatz des 6. Ordentlichen Delegiertentages unseres Bezirks einmal Realität werden sollte, konnten die Mitglieder der Tarifkommission des Bezirks Bundespolizei nicht ahnen.

Doch von Beginn an: Vom 27. bis 29. März 2019 tagte die Tarifkommission in Bad Hersfeld. Es galt eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Zunächst informierte Detlev Mantei, Vorsitzender der Tarifkommission, über die Tarifverhandlungen der Länder, an denen er aktiv als Mitglied der Bundesarbeitskommission der GdP teilgenommen hatte. Im Hinblick auf die Tarifrunde für den Bund/VKA 2020 gab er einen Überblick über das erzielte Ergebnis, da sich die Tarifabschlüsse grundsätzlich aneinander „orientieren“.

Rüdiger Maas gab in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei und geschäftsführendes Vorstandsmitglied für Tarifpolitik und Tarifrecht einen ausführlichen gewerkschaftlichen Situationsbericht. Weitere Tagesordnungspunkte waren Neuerungen bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für die Versicherten des Bundes im Tarifgebiet West und Ost sowie die geplante Dienstvereinbarung über die „Umsetzung leistungsbezogener Stufenlaufzeitverkürzungen gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 TVöD“. Dieses Instrument der Personalentwicklung zur Förderung von Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich wird bereits in einigen Behörden erfolgreich praktiziert. In der Deutschen Polizei 9/2016 gab es hierzu bereits einen ausführlichen Bericht.

Dann nahm das Unheil seinen Lauf: Gegen 22 Uhr wurde im Hotel Feuer-



Foto: Rüdiger Maas

alarm ausgelöst. Im Saunabereich brannte es, vermutlich ausgelöst durch einen technischen Defekt. Aufgrund der starken Verqualmung mussten alle Hotelgäste sofort evakuiert werden. Trotz unruhiger Nacht wurde die Tagung am nächsten Tag weitergeführt. Den Schwerpunkt bildete die Hebung von 1.000 Tarifstellen E 5/E 8, die nun dank der Bemühungen der GdP mit parlamentarischer Unterstützung im Bundeshaushalt 2019 abgebildet sind und somit die Attraktivität des Tarifbereichs steigern. Für die Bundespolizeidirektionen bedeutet das einen „Quantensprung“, da bisher nur einzelne Haushaltsstellen in der Entgeltgruppe 7 ausgebracht waren.

Allerdings herrschte bei den Kolleginnen und Kollegen völliges Unverständnis darüber, dass eine Hebung von Arbeitsplätzen in den Führungsgruppen der Inspektionen aktuell vom Bundespolizeipräsidium nicht gesehen wird. In der Praxis werden viele Aufgaben vom Präsidium auf die Direktionen delegiert und von dort auf die nachgeordneten Inspektionen abgeschichtet. Für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung

müssen bei den Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsbereich grundsätzlich vielseitige Fachkenntnisse vorhanden sein. Nach den Bestimmungen der Entgeltordnung des Bundes (EGO) Teil I „Allgemeine Tätigkeitsmerkmale für den Verwaltungsdienst“ ist somit die Eingruppierung in die Entgeltgruppe 6 in den Bereichen Fortbildung, Polizeitechnik und Materialmanagement sowie Verwaltung gerechtfertigt.

Im Hinblick auf die im Mai 2020 stattfindenden Personalratswahlen in der Bundespolizei, wurden die ersten Entwürfe für die Wahlvorschlagslisten für die Gremien HPR und BPR aufgestellt. Es gilt, das gute Wahlergebnis der Personalratswahl 2016 zu festigen und möglichst weiter auszubauen. Die ständig zunehmende Arbeitsbelastung, steigende Lebenshaltungskosten bei vergleichsweise niedrigen Gehältern und die trotz allen Verbesserungen immer noch unzureichenden Entwicklungsmöglichkeiten im Tarifbereich sind die Kernthemen, denen sich die Tarifkommission auch in der Zukunft intensiv widmen wird.

Hans-Gerd Müller für die Tarifkommission

GdP VOR ORT

Fachlicher Austausch mit der bayerischen Grenzpolizei



Foto: Andreas Roßkopf

Am 2. April 2019 trafen sich unsere Bezirksvorstandsmitglieder Andreas Roßkopf und Arnd Krummen bei der Grenzpolizeiinspektion Raubling bei Rosenheim mit einem fachlichen Austausch mit dem Leiter PD, Herbert Baumann. Besprochen wurden unter anderem die Sachausstattung sowie die fachliche Qualifikation der baye-

rischen Fahndungsbeamten. Besonderes Augenmerk wurde auf das sogenannte Basisfahrzeug gelegt. Damit kann die bayerische Grenzpolizei mit neuester Technik im Bereich der Grenzfehndung tätig werden.

Andreas Roßkopf für den Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei



GdP im Gespräch mit dem Auswärtigen Amt

Am 12. April 2019 trafen sich Sven Hüber und Roland Voss vom geschäftsführenden Vorstand des Bezirks Bundespolizei mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Bundesinnenministeriums, um sich über die Erwartungen und Entwicklungen beim Einsatz von Polizistinnen und Polizisten im Ausland auszutauschen.

Die Regierung ist gehalten, ihre Festlegungen im Koalitionsvertrag mit Leben zu füllen. So heißt es beispielsweise, dass sich die Koalitionäre zum deutschen Engagement in internationalen Polizeimissionen bekennen und Möglichkeiten finden, dieses auszubauen, etwa durch Einrichtung eines Stellenpools für Auslandsverwendungen und Polizeimissionen.

Es zeichnet sich ab, dass der Bedarf an Polizeibeamtinnen und -beamten sowohl für das deutsche Engagement im Ausland im Rahmen internationaler Friedensmissionen (VN), als auch in bilateralen Projekten, in der OSZE, bei Frontex und als Verbindungsbeamte, Dokumen-

ten- und Visaberater, Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte beim Schutz deutscher Auslandsvertretungen, Sicherheitsberater (SAV, SVV 2.0 und K-SAV), Personenschützer oder Objektschützer weiter zunehmen wird.

Der GdP geht es deshalb vorrangig darum, die Rahmenbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen, egal in welchen Verwendungen sie sich im Ausland befinden, einer ständigen Verbesserung und Anpassung zuzuführen und vor allem die Wertschätzung ihrer Arbeit zu steigern.

In dem Gespräch im Auswärtigen Amt diskutierten die Gewerkschafter deshalb diverse arbeitszeitrechtliche Aspekte, zum Beispiel längere Ausgleichszeiträume für den Mehrarbeitsausgleich, die Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit als Entlastung auch bei Verwendungen an deutschen Auslandsvertretungen, die Gewährung der Zusatzurlaubsansprüche und Arbeitszeitregelungen. Besprochen wurden die Einbeziehung der Polizeibeamten außerhalb von Missionen in die besondere Einsatzversorgung nach § 31a BeamtVG. Auch die Notwendigkeit einer besseren Verankerung der polizeilichen Aufga-

benwahrnehmung im Bundespolizeigesetz wurde angesprochen.

Das fast zwei Stunden dauernde Gespräch verlief sehr konstruktiv. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes bestätigten auch, dass die Bundespolizei einen hervorragenden Dienst für die Bundesrepublik Deutschland und den Schutz der Mitarbeiter des diplomatischen Dienstes leistet. Die von der GdP aufgeworfenen arbeitszeitrechtlichen und versorgungsrechtlichen Fragen sollen nun geklärt werden.

Die GdP wird das Thema Auslandsverwendungen deutscher Polizistinnen und Polizisten weiter auf der Agenda haben, auch vor dem Hintergrund, dass es sich um eine gemeinsame Aufgabe der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes, der Landespolizei und des Zolls handelt. Daher wird sich die GdP nicht nur für eine faire und transparente Lastenverteilung zwischen allen Akteuren einsetzen, da dieses die Basis für ein funktionierendes Entsendesystem ist, sondern auch dafür, dass alle eingesetzten Beamtinnen und Beamten gleichbehandelt werden. Die GdP wird weiter dran bleiben.

Sven Hüber und Roland Voss für den Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei

Gespräch mit Elisabeth Motschmann

Im Herbst 2018 haben die Kreisgruppen der GdP die Bundestagsabgeordneten in den jeweiligen Wahlbezirken mit der Bitte um Unterstützung bei der Wiedereinführung der Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage angeschrieben. Einige Bundestagsabgeordnete haben bereits schriftlich ihre Unterstützung zugesagt.

Am 1. März 2019 kam es zu einem Gespräch zwischen MdB Elisabeth

Motschmann (CDU Bremen), Martin Schilff (Mitglied des Bezirksvorstands und Vorsitzender DG Hannover) und Magnus Post (Vorsitzender KG Bremen). Nach Erläuterung der Historie der Polizeizulage und der damit verbundenen Ungerechtigkeit erklärte sich Frau Motschmann sofort bereit, das Anliegen der GdP zu unterstützen.

Magnus Post, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Bremen



Foto: Magnus Post



Foto: KG Mecklenburg-Vorpommern

Gespräch mit Sonja Steffen

Vor einigen Wochen hatte sich die DG Küste mit ihren Kreisgruppen unter anderem an MdB Sonja Steffen (SPD) mit der Bitte um Unterstützung bei der Wiedereinführung der Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage gewandt. Nun kam es zum Gespräch mit dem Vorsitzenden der KG Mecklenburg-Vorpommern (MV), Stephan Lange, und seinem Stellvertreter Daniel Emde. Zu den besprochenen Themen gehörten neben

dem genannten insbesondere die mögliche personelle Auswirkung des ODP 2020 sowie die bereits seit 2008 laufenden Personalreduzierungen in den Dienststellen in MV. Weiterhin wurden unter anderem der Rückzug aus der Fläche im bahnpolizeilichen Aufgabenbereich und die neuen Kontrollmodalitäten in den Ostseehäfen besprochen.

Dirk Stooß, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Küste



POLITISCHE TERMINE

Intensiver Austausch mit MdB Strasser

Am 22. März 2019 trafen sich die Bezirksvorstandsmitglieder Sven Hüber und Erika Krause-Schöne mit MdB Benjamin Strasser (FDP) und seiner innenpolitischen Referentin Kim Seele zum intensiven Austausch. Im Fokus standen die folgenden Themen:

BesStMG: Der Schwerpunkt in der Erörterung zum BesStMG lag in der Forderung nach der Wiedereinführung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage. Sven Hüber legte detailliert dar, was die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage im konkreten Einzelfall bedeutet. Weiterhin wurde die Forderung nach Streichung des § 55 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1b BeamtVG dargelegt. Hintergrund hierzu ist, dass die nach der Wiedervereinigung übernommenen Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei (damals noch BGS), die vorher in Organen der DDR gearbeitet haben, beim Zusammentreffen von Versorgungsansprüchen und Renten erhebliche Einkommenseinbußen zu verzeichnen haben. Obwohl sie seit der Übernahme ihren Dienst für die Bundesrepublik Deutschland verrichtet haben, ist mit dem § 55 Abs. 2 Satz 1 Nummer 1 b) BeamtVG festgelegt, das ihnen ihr nach der Wiedervereinigung in der Bundespolizei erdienter Ruhegehaltssatz gekürzt wird. Und das, obwohl sie auch mit ihrer ergänzenden

(Ost-)Rente den Ruhegehaltshöchstsatz nicht erreichen.

„Polizei-Beauftragter“: Zum Thema „Beauftragter für die Polizeien des Bundes“ wurde MdB Strasser bereits im Vorfeld des Gesprächs die Position der GdP Bundespolizei übersandt, da hierüber am Tag zuvor im Bundestag debattiert wurde. Im Gespräch wurde nochmals die kritische Haltung der GdP Bundespolizei zu einem „Beauftragten“ dargelegt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass alle polizeilichen Eingriffsmaßnahmen gerichtlich für das Gegenüber überprüfbar sind. Mit den vielfältigen Beauftragten und gewählten Mitarbeitervertretungen ist ein dichtes Netz an Angeboten bei Problemen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundespolizei gegeben. Eine Notwendigkeit einer weiteren Kontrollinstanz aus dem parlamentarischen Raum ist nicht ersichtlich.

Luftsicherheitsaufgaben neu ordnen: Zur Neuordnung der Luftsicherheitsaufgaben wurde MdB Strasser unsere Broschüre „Luftsicherheit aus einer Hand“ überreicht. Wir als GdP Bundespolizei verwiesen auf die guten Erfahrungen im Freistaat Bayern mit dem dortigen Luftamt, wo Luftsicherheitsaufgaben gut organisiert und wirtschaftlich in einer – staatlichen – Hand gebündelt und geführt werden.

Speicherung von „Bodycam-Daten“ in einer Amazon-Cloud: Zur Speicherung von Bodycam-Daten in einer

Amazon-Cloud wurde sich sehr kurz ausgetauscht. Hier war man sich über die datenschutzrechtlichen Bedenken einig. Unsererseits wurde auf die Zustimmung des BSI sowie die vorgelegten Zertifizierungen einschließlich Vertragsstand verwiesen und dass das Ziel sein sollte, diese bei Schaffung einer „Bundes-Cloud“ entsprechend zu nutzen.

Novellierung des Bundespolizeigesetzes: Zur Novellierung des Bundespolizeigesetzes führte MdB Strasser aus, dass es derzeit noch keine Entwurfsvorlage im parlamentarischen Raum gebe, aber sich hierzu jederzeit wieder ausgetauscht werden könne. Beiläufig fragte er nach, wie die GdP Bundespolizei zur Einführung von Elektroimpuls Waffen (Taser) bei der Bundespolizei stehe. Hier erläuterten beide Gesprächspartner die Position der GdP Bundespolizei und zeigten auf, dass bzgl. einer Einführung/Handhabung bei Spezialkräften wie GSG 9 und BFHu+ keine Bedenken bestehen. In Bezug auf Ausrüstung von allen Vollzugsbeamten/-beamtinnen wird derzeit keine Notwendigkeit gesehen. Allein vom Aufgabenspektrum der Bundespolizei ist eine Anwendung von Elektroimpuls Waffen bereits aufgrund der jeweiligen Örtlichkeiten und Gemengenlagen nur eingeschränkt möglich.

Erika Krause-Schöne, stellvertretende Vorsitzende GdP-Bezirk Bundespolizei

Anzeige

Wir nehmen Sie und Ihre Symptome ernst

Stoppen Sie Ihr Leid:

- Ängste, die Ihr Leben einschränken und sich in vielen Situationen aufdrängen
- Energieverlust und Antriebsstörungen als Burnout oder als Depression
- Zwänge und suchtartige Entgleisungen bei Alltagsdrogen oder im Verhalten
- Psychische Belastung im Zusammenhang mit körperlichen Krankheiten
- Lebensüberdruß und schleichende Suizidalität

In der Privatklinik Nikolassee erhalten Sie kompetente, rasche und umfassende Hilfe. Ein Team von Internisten und Allgemeinärzten kümmert sich intensiv um die körperliche Seite Ihrer Probleme, während psychiatrisch-psychotherapeutische Fachärzte für die Einzeltherapie und Krisenbewältigung jederzeit mit persönlichem Einsatz für Sie da sind. Physiotherapie, Kunst, Entspannung, Seelsorge und Skilltrainings kommen zielgerichtet hinzu. Gerade durch die Übersichtlichkeit der Privatklinik entsteht eine vertraute Atmosphäre mit Respekt Ihres Privattraums aber auch eine sehr persönliche Betreuung und Begleitung. Das attraktive Erholungsgebiet der Umgebung und die Essenszubereitung vor Ort tragen zum Wohlfühlgefühl bei. Es entstehen Ihnen keine zusätzlichen Kosten.

Privatklinik Nikolassee, Von-Luck-Str. 3, 14129 Berlin
Tel: 030. 80 30 910, www.klinik-nikolassee.de



Chefarzt
Dr. med. Herald Hopf
Facharzt für Psychiatrie
und Psychotherapie,
Vorsitzender DATPPP



Leitung Innere Medizin
Dr. med. Susanne Ziefle
Fachärztin für
Innere Medizin



JUNGE GRUPPE

Junge Gruppe Zoll tagte in Köln



In Workshops entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz Ideen und schmiedeten Pläne für die Zukunft. Foto: Sarah Stutzke

Am 1. und 2. April 2019 fand in Köln die 2. Jugendkonferenz der GdP-Bezirksgruppe Zoll statt. Der scheidende Vorsitzende Daniel Schaufert zog eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit. Gleichzeitig machte Daniel, der zusammen mit seinen Mitstreitern Julia Voßbeck und René Finkler altersbedingt aus dem Vorstand ausscheidet, deutlich, dass auf die Junge Gruppe noch viele Aufgaben warten, die ein hoch motiviertes und engagiertes Auftreten verlangen.

Mit der neuen Vorsitzenden Michaela Wohlmuth, ihren Stellvertretern Marcel Schäfer und Linas Eisner sowie den Beisitzern Luise Muskulus und Marcel Felder fanden die Delegierten ein Team, das diese Erwartungen in jeder Hinsicht erfüllen dürfte. Die zum Teil bereits „alten Hasen“ in der Gewerkschafts-, JAV- und Personalratsarbeit wurden jeweils einstimmig gewählt.

In mehreren Workshops zum Thema „Gewerkschaftsarbeit – Erleben und Begeistern“ tauschten sich die Delegierten rege und kontrovers darüber aus, wie die Aufstellung der JG aussehen soll und welche Veränderungen angegangen werden müssen, damit die Mitgliedschaft und auch die Mitarbeit in einer Gewerkschaft den Kolleginnen und Kollegen schmackhaft gemacht werden kann.

Weiterhin berieten die Delegierten über mehrere Anträge des bisherigen Vorstands und der Kreisgruppen und stellten die Weichen für die Arbeit in den nächsten vier Jahren.

Linas Eisner und Daniel Schaufert für die Junge Gruppe Zoll

Bowlingabend

Am 8. April 2019 wurde zum ersten Bowlingabend der KG Berlin geladen. Zusätzlich zu den neuen „Märzmeistern“ fanden wie gewohnt viele Vorstandsmitglieder der Jungen Gruppe Berlin sowie Vorstandsmitglieder der KG Berlin und der Vorsitzende der DG Berlin-Brandenburg den Weg in die Bowlingbahn am Alexanderplatz. Für die Premiere wurden sogar Pokale für die drei besten Bowler sowie eine Kleinigkeit für den „Rattenkönig“ übergeben. Tobias Fischer (TXL) sicherte sich den 1. Platz. Platz 2 und 3 gingen an Andreas Broska (TXL) und Stephan Meyer (TXL). Zur „Rattenkönigin“ wurde Wiebke Göbbeler (SB 14) gekrönt. Neben viel Spaß gab es auch Gespräche zwischen neuen Kolleginnen und Kollegen und erfahrenen Gewerkschaftsmitgliedern.

Domenic Tackmann, Vorstand Junge Gruppe Berlin



Foto: Domenic Tackmann

SENIOREN IN DER BEZIRKSGRUPPE ZOLL

Gut aufgestellt für die Zukunft

Am 9. und 10. April 2019 wurde in Köln die erste Seniorenkonferenz der Bezirksgruppe Zoll durchgeführt. Dazu hatten sich auf Einladung des BZG-Seniorenbeauftragten Robert Gensmann Senioren des Zolls als Vertreter ihrer Kreisgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet in der Jugendherberge Köln-Deutz versammelt. Als Gast bei der Veranstaltung konnte Robert Gensmann den Seniorenvorsitzenden des Bezirks Bundespolizei, Peter Schüttrumpf, begrüßen. Der geschäftsführende Vorstand der Bezirksgruppe Zoll wurde durch Martin Schinke vertreten.

Nach der Begrüßung konnte Peter Schüttrumpf die Teilnehmer mit seinem Referat zum Thema „Seniorenarbeit in der GdP“, konkret im Bezirk Bundespolizei, in seinen Bann ziehen.

Im Mittelpunkt des Geschehens am ersten Tag der Konferenz standen die Wahlen des zukünftigen geschäftsführenden Vorstandes der Seniorengruppe.



Der geschäftsführende Vorstand der Seniorengruppe Zoll (von links): Heinz Renette, Robert Gensmann, Frank Meyer-Stender, Manuela Proske und Karlheinz Perschewski. Foto: Robert Gensmann

Zu diesem Zweck hatte Peter Schüttrumpf die Versammlungsleitung übernommen und führte die Wahlhandlung durch. Jeweils einstimmig wurden gewählt: Robert Gensmann (Vorsitzender), Heinz Renette (stellv. Vorsitzender), Frank Meyer-Stender (Schriftführer) so-

wie Manuela Proske und Karlheinz Perschewski (beide Beisitzer).

Mit der Beratung des Entwurfes „Richtlinien für die Seniorenarbeit“ setzte das Plenum seine Arbeit fort. Der Entwurf wurde in der vorliegenden Fassung unverändert als Beschlussvorlage für den Gesamtvorstand der Bezirksgruppe verabschiedet.

Die anschließende Beratung zum Thema: „Zukunftsperspektiven für Zoll-Senioren“ wurde wegen der fortgeschrittenen Zeit unterbrochen und am nächsten Tag fortgesetzt. Hierbei wurden dann auch die Weichen für die zukünftige Arbeit des Bezirksgruppen-Seniorenvorstands gestellt. Durch die Erarbeitung von Angeboten an die Senioren der Bezirksgruppe Zoll soll dem Eindruck entgegengewirkt werden, dass mit dem Eintritt in den Ruhestand die gewerkschaftliche Betreuung endet.

Robert Gensmann, Vorsitzender Seniorengruppe Zoll



NEUES AUS DEN KREISGRUPPEN

Aktionswoche

In der ersten Märzwoche hatten die Kollegen der KG Frankfurt (Oder) alle Hände voll zu tun. So wurden am Montag die Aufsteiger zum verkürzten Aufstieg in den gD mit einer Zuckertüte begrüßt. Am Dienstag gab es dann das schon bewährte Aufsteiger-Grillen mit Gästen aus der Direktionsgruppe. Und am 8. März wurden ab 5:30 Uhr anlässlich des Internationalen Frauentages alle Frauen mit einer Rose auf dem Weg zur Arbeit begrüßt und beglückwünscht. Also eine ereignisreiche Woche für alle.

Sören Eue für die GdP-Kreisgruppe Frankfurt (Oder)



Foto: Sören Eue

Vertrauensleute



Foto: Tim Röder

Am 26. März 2019 fand in der Geschäftsstelle in Hilden eine Vertrauensleute-Schulung der KG Flughafen Düsseldorf statt. Der Vorsitzende Tim Röder (rechts im Bild) wünscht den Kollegen Mike Bohl, Jonas von Helden, Lars Hexels (von links) und Tayfun Öztürk (nicht im Bild) viel Schaffenskraft. Zusätzlich zu den vieren werden außerdem zeitnah Alexander Peters, Svenja Kleiweische, Ertan Koc und Sarah Holtschneider dazukommen.

Tim Röder, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Flughafen DUS

Betreuung

Im März besuchte Jörg Seifert, Vorstandsmitglied der KG Sankt Augustin, die Einsatzkräfte der 1. Einsatzhundertschaft anlässlich des MAG-Einsatzes in BPOLI Rosenheim auf der Kontrollstelle BAB 93. Hierbei überreichte er der KG Rosenheim eine Spende von 50 Euro durch die KG Sankt Augustin für die Bereitstellung und den Betrieb des durch die Rosenheimer GdP-Kollegen in der Kontrollstelle aufgestellten Kaffeevollautomaten. Außerdem übernahm die KG Sankt Augustin die angefallenen Kosten für den durch die eigenen Einsatzkräfte verkostigten Kaffee.

Jörg Seifert für die KG Sankt Augustin



Foto: Matthias Bock

Spendenaktion

Die KG Passau organisierte am 1. April 2019 einen Kaffee- und Kuchenbasar für das Waisenhaus in Passau in der Dienststelle des Bundespolizeireviere Passau, um auch die neuen 68 eingetroffenen Polizeimeisterinnen und -meister der Inspektion Passau zu erreichen, die im Rahmen einer Einweisungswoche die Inspektion kennenlernten. Gemeinsam mit der Unterstützung des GdP-Kooperationspartners Signal Iduna, Bezirksdirektion Sebastian Gell, konnte ein Betrag von 800 Euro erzielt werden. Die Spendensumme wurde zusammen mit zahlreichen Sachspenden am 8. April 2019 dem Bürgerlichen Waisenhaus in Passau übergeben.

David Feldmann für die KG Passau



Foto: David Feldmann

GdP-Vorstellung



Foto: Hanna Krause

Im Rahmen des „Tags der Gewerkschaften“ stellte die GdP sich am 19. März 2019 den Neuankömmlingen im AFZ Bamberg vor. Knapp 50 Kolleginnen und Kollegen meldeten sich freiwillig, um die KG Bamberg bei dieser Veranstaltung im größten AFZ der Bundespolizei zu unterstützen und die Anwärterinnen und Anwärter über die Grundsätze, Leistungen, Aufgaben und Ziele der Gewerkschaft zu informieren. Sowohl die zahlreichen Beitrittserklärungen als auch die vielen freiwilligen Helfermeldungen verdeutlichen mal wieder die Gemeinschaft und den Zusammenhalt in der GdP. Die KG Bamberg bedankt sich herzlich bei allen Helferinnen und Helfern!

Hanna Krause für die GdP-Kreisgruppe Bamberg

Versammlung

Zur jährlichen Mitgliederversammlung lud der KG-Vorsitzende aus Oerlenbach, Nico Rogge, ein. Nicht schlecht staunten die Mitglieder über die zu Beginn zu sehenden bzw. hörenden Grußworte der GdP-Bezirksvorstandsmitglieder Jörg Radek, Rüdiger Maas und Andreas Roßkopf. Während der Veranstaltung ließ man dann gemeinsam das vergangene gewerkschaftliche Jahr noch einmal Revue passieren und stellte die Highlights heraus. Außerdem gab es einen Ausblick auf kommende Aktionen. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Versammlung Holger Rumpel, Stefan Fröber und Bruno Trapp für 25-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Nico Rogge, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Oerlenbach



Foto: Annika Wolf



JUNGE GRUPPE NÜRNBERG**Begrüßung der neuen Laufbahnabsolventen**

Am 2. April 2019 lud die Junge Gruppe Nürnberg die neuen Dienstfängerinnen und -anfänger zu einem geselligen Begrüßungsabend in der Nürnberger Altstadt ein. Einen absolut einmaligen Rahmen bot hierbei die gemütliche Stube aus dem 15. Jahrhundert im mittelalterlichen Nürnberger Stadtmauerturm. Der Turm fungiert als Sitz der International Police Association (IPA), Sektion Nürnberg, die die Räumlichkeiten der Jungen Gruppe gerne zur Verfügung stellte. Hierfür ein großes Dankeschön. Begrüßt wurden die Anwesenden von Rudi Hackl, dem

Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Nürnberg. Die einladenden Kollegen Christian Mages, Kevin Woelfel und Fridolin Schürer stießen in vielen lockeren Gesprächen auf ehrliche Neugierde seitens der DienstfängerInnen über die Arbeit der Jungen Gruppe und der GdP im Allgemeinen. Dies motivierte die Kollegen schließlich dazu, eine offizielle Gründung einer bis heute nur sporadisch fungierenden Jungen Gruppe der Kreisgruppe Nürnberg anzustreben. Die entsprechenden Wahlen wurden für Mai 2019 angestrebt.

Junge Gruppe Nürnberg



Foto: Junge Gruppe Nürnberg

NACHRUFE

Wir trauern um unser verdientes und geschätztes
GdP-Mitglied

Rudolf Hundrieser

der am 13. März 2019 im Alter von 76 Jahren nach längerer Krankheit verstarb.

Rudi Hundrieser war 60 Jahre Mitglied in der GdP und über 13 Jahre als Seniorenbeauftragter in der Kreisgruppe Westfalen/Ruhr tätig.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Freunden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

**Seniorenbeauftragter Jürgen Siemon für die
GdP-Kreisgruppe Westfalen/Ruhr**

Wir trauern um unseren Kollegen

Torsten Schönauer

geb. Enderlein

der am 1. April 2019 im Alter von 47 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Torsten Schönauer wurde 1993 im damaligen Grenzschutzamt Pirna eingestellt. Seit 22. Januar 2010 war er im Fachbereich Zentrale Bearbeitung von Fahrgelddelikten in Chemnitz beschäftigt. Torsten Schönauer wird uns als ruhiger, freundlicher Kollege in Erinnerung bleiben. Er hinterlässt eine Ehefrau und einen Sohn. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei allen Angehörigen!

Jörg Günther für die GdP-Kreisgruppe Chemnitz

Tief betroffen nehmen wir Abschied von

Rainer Hanke

der am 7. April 2019 nach schwerer Krankheit im Alter von 73 Jahren verstorben ist.

Seine dienstliche Heimat als Kontroll- und Streifenbeamter war bis zum Ruhestand die Bundespolizeiinspektion Dresden, in der er als ruhiger und freundlicher Kollege geschätzt und anerkannt wurde.

Wir verlieren mit ihm ein treues und aktives Mitglied. Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seiner Familie!

**Sven Förster für die GdP-Kreisgruppe Pirna
Petra Ehm für die GdP-Seniorengruppe**

Wir trauern um unseren Kollegen

Jens Hippe

der am 31. Januar 2019 im Alter von nur 55 Jahren plötzlich und unerwartet verstarb.

Jens Hippe war Angehöriger der BImA und dort für die Bundespolizei im Bereich der Direktion Pirna tätig.

Wir trauern um einen treuen und geschätzten Kollegen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

**Sven Förster für die GdP-Kreisgruppe Pirna
Etienne Frankenfeld für die GdP-Direktionsgruppe
Mitteldeutschland**

